

Kiel, 21.04.2026

Stellungnahme der PKSH zu den aktuellen Entwicklungen

Die psychotherapeutische Versorgung, wie wir sie bisher kannten, ist extrem gefährdet. Zum 01.04.2026 wurden die breitflächig kritisierten Honorarkürzungen umgesetzt, die der erweiterte Bewertungsausschuss auf Druck des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV) beschlossen hatte.

Hiergegen richteten sich in den letzten Wochen vielfältige Proteste, die ihren Höhepunkt in einem bundesweiten Protesttag am 15.04.2026 fanden. Auch in Kiel sind schätzungsweise 350 Menschen zusammengekommen, um ihrem Unverständnis über die unnötige Entwertung der Psychotherapie eine Stimme zu geben. Andere Schleswig-Holsteiner*innen haben sich den Protesten in Hamburg oder in Berlin angeschlossen. Der Vorstand der Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein (PKSH) zollt dem Engagement innerhalb der Kollegenschaft großen Respekt: Ein bedeutender Teil der Proteste werden aus ehrenamtlichem Engagement organisiert – motiviert von der großen Unzufriedenheit mit der aktuellen Entwicklung.

Auf der Schevenbrücke in Kiel waren mitreißende Reden zu hören u.a. vom Präsidenten der PKSH, Dr. Clemens Veltrup, und dem Vorstandsmitglied Stephanie Ristow. Die Nöte der PIAs stellt der amtierende PIA-Beauftragte der PKSH und Kammerversammlungsmitglied Puya Sattarzadeh dar.

Des Weiteren sprach Dr. Roy Murphy und auch die KJP-Perspektive war ebenso vertreten wie eine Klinik-Stimme. Zudem konnten wir die Sichtweise eines Patienten hören und Ver.di versicherte größte Solidarität! Nach lautstarken 90 Minuten war das Fazit: Die Proteste sind kein Sprint, das wird ein Marathon, für den wir einen langen Atem brauchen.

Einen Tag später äußerte sich der Verband der Ersatzkassen (vdek) mit einer Pressemitteilung zu den Protesten. In der Mitteilung werden die Zahlen wiederholt, die von der BPtK als Desinformationskampagne des GKV-

Psychotherapeutenkammer

Schleswig-Holstein

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Vorstand

Dr. phil. Clemens Veltrup
Präsident

Birte Ernst
Vizepräsidentin

Haluk Mermer

Dr. phil. Björn Riegel

Stephanie Ristow

Geschäftsführerin

Dr. iur. Christina Bern

Sophienblatt 92-94
24114 Kiel

Tel. 0431 / 66 11 990

Fax 0431 / 66 11 995

E-Mail info@pksh.de

Internet www.pksh.de

Bankverbindung

Dt. Apotheker-
und Ärztebank

IBAN DE07 3006

0601 0005 6310 76

BIC DAAEDEDXXX

SV deutlich kritisiert wurde. Die Vorsitzende des vdek fordert in der Pressemitteilung die Psychotherapeut*innen auf, wieder zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren. Es verwundert, dass dies von der Seite gefordert wird, die sich mit gezielter Desinformation positioniert und damit sowohl psychische Erkrankungen als auch deren Behandler*innen entwertet. Wir fordern den vdek daher ebenso auf, sich einer sachlichen Debatte zu stellen und stehen dafür auf Landesebene zur Verfügung! Dieser Konflikt ist verhärtet und verschlimmert das Schicksal psychisch kranker Menschen. Die PKSH prangert diesen unhaltbaren Zustand an. Auf dem Rücken der Betroffenen darf keine politische Auseinandersetzung stattfinden!

Am gleichen Tag veröffentlichte zudem das Bundesministerium für Gesundheit den Referentenentwurf für das Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der GKV. Dieser Entwurf basiert auf den Empfehlungen einer Expertenkommission, in denen sich zahlreiche Positionen des GKV-SV finden lassen. Die Bundesgesundheitsministerin hat einen ausgewogenen Gesetzesvorschlag angekündigt, der Kraftanstrengungen von allen Beteiligten erfordert. Diesem selbst formulierten Anspruch scheint sie nicht nachzukommen, da im aktuellen Entwurf ein Großteil der Last auf der Seite der Versicherten und Leistungserbringenden liegen wird.

In dem Zusammenhang kritisiert die PKSH die vom BMG zu verantwortende Aushöhlung demokratischer Prozesse im Umgang mit dem Referentenentwurf durch eine bewusst sehr kurz angesetzte Frist zur Stellungnahme der Kammer und Verbände. Wir fordern das BMG zu einer sachlichen, fachlichen und multilateralen Beschäftigung mit den Auswirkungen der geplanten Einschnitte in die psychotherapeutische Versorgung sowie deren Auswirkung auf die Gesellschaft auf.

Der Vorstand der Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein